

- Petrak, P. (1999): Ethik und Sozialwissenschaft – Der Einfluss der Philosophie Jakob Friedrich Fries auf das Konzept einer normativen Sozialwissenschaft Gerhard Weissers. Regensburg
- Petrak, P. (2005): Politikberatung als wissenschaftlich begründete Verbindung von Ethik und Sozialwissenschaft. In: Jens, U., Romahn, H. (Hg.), Glanz und Elend der Politikberatung. Marburg, S. 163-174
- Peuckert, R. (2008): Familienformen im sozialen Wandel. 7. Auflage, Wiesbaden
- Rawls, J. (1990): Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main
- Rushkoff, D. (2014): Present Shock. Wenn alles jetzt passiert. Freiburg
- Seiffge-Krenke, I. (2012): Therapieziel Identität. Veränderte Beziehungen, Krankheitsbilder und Therapie. Stuttgart
- Weisser, G. (1978): Beiträge zur Gesellschaftspolitik. Göttingen

Kein Ende in Sicht: Probleme im Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Beruf

Strukturen, Einschätzungen und
Gestaltungsperspektiven

Michael Krüger-Charlé und Katharina Rolff

Eine gute Ausbildung eröffnet jungen Menschen den Zugang zu qualifizierter Beschäftigung. Die duale Ausbildung gilt für die Gesellschaft als Integrationsmotor und für die Wirtschaft als Garant gegen den Fachkräftemangel. Deutschland kann derzeit mit unter 8% Jugendarbeitslosigkeit auftrumpfen – der geringsten Quote in der Europäischen Union (vgl. Eurostat Statista 2015). Das deutsche System der dualen Ausbildung gilt daher vielen Ländern als Vorbild. Doch der schöne Schein trügt: Seit Jahren gelingt der Übergang von der allgemein bildenden Schule in eine Berufsausbildung für eine große Zahl von Jugendlichen nur mit großen zeitlichen Verzögerungen, für einen beträchtlichen Teil überhaupt nicht.

Im Nationalen Bildungsbericht 2010 ist ausgewiesen, dass 2008 ca. 400.000 Schulabsolventen nach der allgemein bildenden Schule zunächst in einer der zahlreichen Maßnahmen des Übergangssystems mündeten. Die Entwicklungen haben dazu geführt, dass der Bildungsstand der heute 20-30-Jährigen schlechter ist als der von gleichaltrigen Kohorten zu früheren Zeiten. Insbesondere Schulabgänger/-innen ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss schaffen es nur selten, unmittelbar nach Schulende eine reguläre Ausbildung zu beginnen. Zu ihnen gehören Jugendliche mit besonderem Förderbedarf, also mit sozialen oder Lernschwierigkeiten, mit Migrationshintergrund oder auch mit Behinderungen. Zunehmend

mend schaffen auch Jugendliche mit schlechteren Realschulabschlüssen nicht mehr den direkten Weg in die Ausbildung.

Vor diesem Hintergrund gab es noch vor fünf Jahren kaum eine bildungspolitische Debatte, in der dem deutschen Übergangssystem nicht ein schlechter Ruf attestiert worden wäre. Die Kritik am Übergangsgeschehen reichte in der Fachöffentlichkeit von „sozialpolitisch skandalöses Chaos von Warteschleifen“ (Greinert 2007) über „in das Duale System nicht integrierbares Labyrinth von Maßnahme-Karrieren“ (Münk 2008) bis hin zu der Forderung, „das berufliche Übergangssystem gehöre komplett abgeschafft, weil es Jugendliche nur in Warteschleifen festhalte“ (Zimmer 2009). In den Medien wurde das Übergangssystem als „ein Dschungel von undurchschaubaren Bildungsgängen“ (Spiegel vom 14. Dezember 2009) beschrieben oder als „Hängepartie der berufsvorbereitenden Maßnahmen, an denen nur die Sozialindustrie gut verdiene“ (FAZ vom 13. August 2010).

Mittlerweile orientieren sich bildungspolitische Debatten – zumindest oberflächlich betrachtet – an anderen Parametern. Im Fokus stehen heute Themen wie „Facharbeitermangel“ und „Inklusion“, und man könnte meinen, das Übergangsgeschehen zwischen Schule, Ausbildung und Beruf sei allenfalls noch eine historische Reminiszenz wert. Bei genauem Hinsehen wird allerdings rasch deutlich, dass es auf dem deutschen Ausbildungsmarkt zwar zu einer Verschiebung von vor allem quantitativen Ursachen (Ausbildungsplatzmangel) hin zu qualitativen Ursachen (Mismatch) für die Herausforderungen im Übergangsbereich gekommen ist, die Probleme damit aber nicht aus der Welt sind.

Diese Probleme in der Entfaltungsdynamik des Übergangsgeschehens zwischen Schule, Ausbildung und Beruf zu verorten, ist das Ziel dieses Beitrages. Vom derzeitigen Stand des sogenannten Übergangssystems¹ ausgehend werden seine Funktionsweise, Umgebungsbedingungen und Entwicklungsperspektiven erörtert. Im Mittelpunkt der Betrachtungen

¹ Seit seiner Einführung war der Begriff „Übergangssystem“ höchst umstritten, denn selbst wohlwollende Beobachter des Übergangsgeschehens zwischen Schule, Ausbildung und Beruf vermochten in der kaum überschaubaren Vielzahl von Initiativen, Programmen, Projekten, Maßnahmen und Bildungsgängen, die sich in ihren Inhalten, in ihrer Dauer und in ihrer institutionellen Verankerung stark voneinander unterscheiden, eine Struktur zu erkennen, die den Begriff „System“ hätte rechtfertigen können. Konsequenterweise spricht sich der Nationale Bildungsbericht 2008 dafür aus, „System“ durch „Sektor“ zu ersetzen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, 9).

stehen Aspekte wie die Struktur des Ausbildungsmarktes, demografische Faktoren, Altbewerber und Altersstruktur, Bildungsverläufe und nicht zuletzt Passungsprobleme sowohl zwischen Schule und Ausbildung mit dem zentralen Lenkungsbegriff der Ausbildungsreife, als auch zwischen den Teilsystemen beruflicher Bildung (Duales System, Schulberufssystem und Übergangssystem). Abschließend werden die funktionalen, institutionellen sowie steuerungs- und finanzierungsrelevanten Faktoren in der Organisation des Übergangssystems beschrieben und analysiert.

Dabei werden „Übergänge“ als ein dynamischer Prozess verstanden, der ganz unterschiedliche Orte, Akteure, Konzepte und Methoden mit dem Ziel einbezieht, die Phase des Überganges möglichst zeitnah und aufwandsminimierend zu überwinden. Dieser Ansatz trägt dem Umstand Rechnung, dass „das gesamte Übergangsgeschehen einen vielfach verwobenen und interdependenten Problemkomplex im Gefüge des Berufsbildungssystems darstellt“ (Münk et al. 2008, 9), der durch isolierte Fragestellungen, die sich beispielsweise lediglich auf eine Zielgruppe, einen Maßnahmentyp oder auf eine besondere Form des beruflichen Schulwesens konzentrieren, weder analytisch noch systematisch in den Griff zu bekommen ist.

1. Übergänge – die quantitative Dimension

Der erste Nationale Bildungsbericht aus dem Jahr 2006 hat in die Debatte über die Strukturen beruflicher Bildung in Deutschland einen neuen Begriff eingeführt. Seitdem werden unter „Übergangssystem“ alle beruflichen Ausbildungsangebote zusammengefasst, „die unterhalb einer qualifizierten Berufsausbildung liegen bzw. zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern auf eine Verbesserung der individuellen Kompetenzen von Jugendlichen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung zielen und zum Teil das Nachholen eines allgemein bildenden Schulabschlusses ermöglichen.“ (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006, 79) Nicht zuletzt wegen seiner quantitativen Dimension wird das Übergangssystem neben dem dualen System (betriebliche oder außerbetriebliche Ausbildung nach BBiG/HwO mit begleitendem Berufsschulunterricht) und dem Schulberufssystem (Ausbildung in einem gesetzlich anerkannten Beruf in vollzeitschulischer Form) als einer der drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems in Deutschland bezeichnet.

1.1 Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Seit der Jahrtausendwende hat das Thema „Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beruf“ Konjunktur, insbesondere die Probleme an der ersten Schwelle zwischen Schule und Ausbildung, und das aus guten Gründen: Im Jahr 2002 wurden erstmals in Deutschland weniger als 600.000 Ausbildungsplatzangebote registriert – eine Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt, die bei stetig steigenden Schulabsolventenzahlen dazu führte, dass für die wachsende Zahl an erfolglosen Bewerbern um einen Ausbildungsplatz der Ausbau und die Nutzung des sogenannten Übergangssystems verstärkt wurde. Die Schere zwischen Ausbildungsplatzangebot und Absolventen aus den allgemeinbildenden Schulen öffnete sich zwischen 1992 und 2005 dramatisch. Betrug die rechnerische Differenz zwischen der Zahl der Schulabgänger und dem Angebot an Ausbildungsplätzen 1992 noch 37.900, so hatte sie sich bis 2005 verzehnfacht und lag bei 376.500. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge erreichte in 2005 mit 550.200 ihren historischen Tiefststand (Ulrich/Eberhard 2008, 31 f.).

Die für die Aufblähung des Übergangssystems vor allem in quantitativer Hinsicht verantwortlichen Probleme auf dem deutschen Ausbildungsmarkt sind der Preis für die ordnungspolitisch gewollte Integration des Berufsausbildungssystems in das Beschäftigungssystem, denn wegen der institutionellen Nähe zum Arbeitsmarkt überträgt sich dessen Dynamik – strukturelle Verschiebungen und konjunkturelle Schwankungen – auf das Ausbildungssystem. Die korporative Verfassung der deutschen Berufsbildungspolitik schränkt neben Vorteilen für die Auszubildenden (betriebsbezogene Lernformen, relativ gute Beschäftigungschancen) zugleich die staatliche Planbarkeit des dualen Ausbildungsplatzangebotes ein. Waren die Unternehmen noch in den 1980er Jahren bereit, ihr Ausbildungsplatzangebot an die steigenden Zahlen von Schulabgängern anzupassen, so hat sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die auch statistisch nachweisbare enge Verbindung zwischen Ausbildungsplatzangebot und Demografie aufgelöst. Seitdem ist eine stärkere Anbindung des betrieblichen Ausbildungsangebotes an den aktuellen und künftigen Fachkräfte- und Qualifikationsbedarf der Wirtschaft zu beobachten (Troltsch/Walden 2007, 5-9).

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtig: Zum einen ist der Wandel von einer Produktions- zu einer Dienstleistungsökonomie zu nennen, der sich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts beschleunigt hat

und mit starken Rationalisierungsprozessen vor allem in der Industrie verbunden ist; zum zweiten haben in Reaktion auf zunehmende globale Konkurrenz Veränderungen in den Governance-Strukturen und Managementkonzepten zu einer strategischen Neuausrichtung der Personalplanung von Unternehmen geführt; und zum dritten hat sich die bis 2005 anhaltende jahrelange Wachstumsschwäche der Wirtschaft negativ auf die Flexibilität der Unternehmen gegenüber quantitativen Nachfragespitzen auf dem Ausbildungsmarkt ausgewirkt (Baethge et al. 2007, 25 ff.). Vor diesem Hintergrund ist offenbar gegenüber den 1980er Jahren das Interesse der deutschen Wirtschaft an einer kooperativen Produktionsverfassung spürbar zurückgegangen, was nicht zuletzt in der Erosion allgemeinverbindlicher Tarifverträge und in der Ausbreitung des Niedriglohnssektors zum Ausdruck kommt.

1.2 Zugänge und Bestand im Übergangsbereich

Die vorliegenden Informationen zu den quantitativen Ausprägungen (Zugänge und Bestand) des Übergangs zwischen Schule, Ausbildung und Beruf sind bei etwas genauerem Hinsehen sehr disparat. Anders gesagt: Der von den Nationalen Bildungsberichten vermittelte Eindruck einer quantitativ und qualitativ relativ kohärent fassbaren Struktur des Übergangsgeschehens spiegelt sich beispielsweise schon auf der Länderebene nicht wider. Dafür sind die Strukturen der Länder bezogen auf die Aufnahmefähigkeit der regionalen Ausbildungsmärkte oder auf die Quoten der Abgänger aus allgemein bildenden Schulen mit maximal Hauptschulabschluss viel zu heterogen; erschwerend kommt hinzu, dass zumeist Berichtszeiträume, Bezugsgrößen und Bestandsdefinitionen erheblich voneinander abweichen.

Bei der Beschreibung und Analyse der quantitativen Dimension des Übergangsgeschehens sind folgende Problembereiche zu beachten:

- Je nach Herkunft der Daten beziehen sich die Angaben entweder auf Einmünder (Neuzugänge) oder auf Bestände im Jahresdurchschnitt bzw. am Jahresende an Teilnehmern. Der Nationale Bildungsbericht stellt beispielsweise für Teilnehmer an Berufsvorbereitenden Maßnahmen (BvB) und Einstiegsqualifizierungen (EQ) auf die Bestände am Jahresende ab, während die Studie des Instituts der deutschen Wirt-

schaft² die durchschnittliche Zahl an Teilnehmern in dem betreffenden Jahr zur Grundlage ihrer Berechnungen nimmt (vgl. Neumann/Schmidt/Werner 2010).

- Die einfache Addition aller Teilnehmer in Maßnahmen und Bildungsgängen ist problematisch, da es in vielen Fällen zu Doppelzählungen kommen kann. So lassen sich etwa Doppelzählungen von BvB-Teilnehmern, die gleichzeitig an beruflichen Schulen der Länder beschult werden, nur schwer vermeiden.
- Unter Berufsbildungsexperten ist es durchaus umstritten, welchem Bereich Berufsfachschülerinnen/er zuzuordnen sind, die einen höheren Schulabschluss anstreben. Der Nationale Bildungsbericht ordnet sie in das Übergangssystem ein, während sie nach der IW-Studie nicht dazu gehören.
- Berücksichtigt man die in den BIBB-Datenreports zum Berufsbildungsbericht gemachten Angaben zu den Ländern, dann verstärkt sich der Eindruck, dass Bezugsgrößen, Erhebungsmethoden und Berichtszeiträume kaum in Übereinstimmung zu bringen sind (vgl. 2009). Beispielsweise gibt der BIBB-Datenreport 2010 für das Berufsgrundbildungsjahr in Nordrhein-Westfalen 22.856 Schüler/innen mit dem Bezugsjahr 2008 an. (BIBB 2010, 102) Die Schulstatistik des Landes weist allerdings nur 16.819 Schüler/innen im Berufsgrundschuljahr (BGJ) aus. Rechnet man die in der Schulstatistik des Landes angegebenen 5.547 Schülerinnen/er im Berufsorientierungsjahr (BOJ) hinzu, kommt die Anzahl von 22.366 Schülerinnen/er im BOJ und im BGJ immerhin in die Nähe der Angabe im BIBB-Datenreport. Allerdings fehlt in der Tabelle des Datenreports ein entsprechender Hinweis auf die Zusammenführung von BOJ und BGJ, was für die Nutzer des Datenreports ziemlich problematisch ist.

² Eine Studie zu den direkten und indirekten Kosten des Übergangsgeschehens sowie Einspar- und Wertschöpfungspotenziale bildungspolitischer Reformen. Länderbericht Nordrhein-Westfalen erstellt im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, o.O und o.J. Diese Studie ist die komprimierte und auf die Finanzierung des Übergangssystems in Nordrhein-Westfalen bezogene Kurzfassung des Gutachtens „Volkswirtschaftliche Potentiale am Übergang von der Schule in die Arbeitswelt“, welches das Institut der deutschen Wirtschaft im Auftrag der Bertelsmann Stiftung in den Jahren 2007 bis 2008 erstellt hat und das inzwischen als Buch erschienen ist: Neumann/Schmidt/Werner 2010.

Und schließlich ist das Problem der „Altbewerber“ zu nennen, deren quantitative Dimension wegen der Sortierlogiken der Bundesagentur für Arbeit, die unter Fachleuten und Praktikern der beruflichen Bildung völlig zu Recht sehr umstritten sind, nur schwer zu fassen ist. Nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit handelt es sich bei „Altbewerbern“ um Bewerber, die ein bis fünf Jahre vor dem aktuellen Berichtsjahr als Bewerber um eine Ausbildungsstelle gemeldet waren. Seit 1992 hat sich ihr Anteil bundesweit von 35,9% auf 52,4% in 2007 erhöht und ist seitdem auf 45,7% zurückgegangen. In absoluten Zahlen stellt sich diese Entwicklung wie folgt dar: Anstieg von 144.957 (1992) auf 394.878 (2007) und dann Rückgang auf 243.791 (2009) (Neumann 2010, 7).

Als Fazit ist festzuhalten: Die quantitative Dimension des Übergangsgeschehens jenseits der nationalen Bildungsberichte lässt sich auf der Grundlage vorhandener Datenbestände nur sehr schwer fassen. Die Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Bundesagentur für Arbeit über Erhebungsmethoden, Bezugsgrößen und Berichtszeiträume ist zwar seit einigen Jahren in Arbeit, allerdings weist die integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) für den „Übergangsbereich“ im Vergleich der Bundesländer nach wie vor große Unterschiede auf, die mit den Daten der iABE alleine nicht erklärbar sind.

Hier ist die bildungspolitische Expertise aus den Ländern gefragt, die künftig dazu beitragen soll, die Hintergründe und Besonderheiten der Länder im Übergangsbereich aufzuklären. Konkret geht es um Informationen zum Schulsystem und zu alternativen Bildungsangeboten, den Möglichkeiten des Erwerbs von (Schul-)Abschlüssen, die Anerkennung von beruflichen Leistungen, die im Übergangsbereich erworben werden (Qualifizierungsbausteine o.ä.), sowie um landesspezifische Referenzdaten. Diese Informationen (Metadaten) sollen zusammengeführt werden und die Landesauswertungen der iABE untermauern.

In den bildungspolitischen Debatten und Veröffentlichungen zum Übergangssystem gehört es mittlerweile zum Standard der empirischen Beschreibung des Übergangsgeschehens, als quantifizierbare Angaben die Neueintritte in die drei Sektoren des Übergangs zwischen Schule, Ausbildung und Beruf (duale Ausbildung, Berufsfachschule und Übergangssystem) zu Grunde zu legen (siehe Nationale Bildungsberichte, Berufsbildungsberichte, Bildungsbericht Ruhr etc. und Tabelle 1).

Tabelle 1: Anfängerinnen und Anfänger im Übergangssystem 2005 bis 2014

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Sektor: Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)	417.649	412.083	386.864	358.969	344.515	316.494	281.662	259.727	255.401	256.110
Allgemeinbildende Programme an Berufsfachschulen (Erfüllung der Schulpflicht bzw. Abschlüsse der Sek. I)	68.095	67.949	63.976	59.940	59.812	54.180	49.182	52.086	49.394	47.750
Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, die angerechnet werden kann	58.706	59.341	55.548	51.776	49.821	47.479	44.051	35.708	36.119	35.619
Berufgrundbildungsjahr (BGJ), (Vollzeit/Schulisch)	48.581	46.446	44.337	42.688	32.473	30.620	28.144	26.938	27.325	28.592
Bildungsgänge an Berufsfachschulen, die eine berufliche Grundbildung vermitteln, ohne Anrechnung	29.106	27.811	31.947	29.841	28.226	24.790	21.816	17.682	21.153	21.314
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) inkl. einjährige Berufseinstiegsklassen	58.432	55.339	46.841	42.571	41.973	40.661	38.479	41.061	41.340	45.232
Bildungsgänge an Berufsschulen für erwerbstätige/erwerbslose Schüler ohne Ausbildungsvertrag	27.035	28.671	25.789	21.364	20.875	19.186	16.250	16.285	15.331	14.716
Bildungsgänge an Berufsschulen für Schüler ohne Ausbildungsvertrag, die allgemeinbildende Abschlüsse der Sekundarstufe I anstreben	13.477	13.192	11.498	9.958	8.968	6.808	6.127	2.389	2.325	2.331
Pflichtpraktika vor der Erzieherausbildung an beruflichen Schulen	3.525	3.561	3.391	3.531	3.724	3.854	3.821	3.835	3.890	3.835
Berufsvorb. Maßnahmen (BvB) der BA	91.811	86.171	80.193	78.080	77.934	69.933	58.389	51.274	47.264	46.354
Einstiegsqualifizierung (EQ) der BA	8.881	23.602	23.344	19.220	20.709	18.983	15.403	12.469	11.260	10.367

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Für die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (Förderstatistik) wird in der IABE stellvertretend der Bestand am Jahresende genutzt. Da das Ausbildungsjahr im September beginnt und bis Dezember auch die unvermittelten Ausbildungsplatzbewerber/-innen alternativ eingemündet sein sollten, wurde der Stichtag für Maßnahmen der BA am Jahresende gewählt.

Wie viele Jugendliche sich tatsächlich zu einem bestimmten Zeitpunkt in den Maßnahmen und Bildungsgängen des Übergangs aufhalten, wird zwar als Problem thematisiert, aber nicht mit konkreten Zahlenangaben unterlegt. Dafür gibt es gute Gründe, die vor allem im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Ausprägungen der Datenbestände und dem damit verbundenen Problem der Doppelzählungen stehen.

Um wenigstens einen Eindruck von der Bestandsdimension im Übergangsbereich zu vermitteln, wird im Folgenden versucht, unter Einbeziehung von „Altbewerbern“ zu einer in Ansätzen belastbaren Schätzung des tatsächlichen Bestandes der Teilnehmer/innen an Maßnahmen und Bildungsgängen des Übergangs in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2009 zu kommen. Sie gibt die Ergebnisse eines Projektes am IAT wider, das im Auftrag der GEW NRW durchgeführt wurde und als „Vorstudie für eine systematische Aufnahme und Bewertung von Maßnahmen im Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf in Nordrhein-Westfalen“ angelegt war (vgl. Krüger-Charlé et al. 2011; Krüger-Charlé 2010; Leisering/Rolff 2011).

Tabelle 2: Schätzung des Bestands Übergangssystems in NRW in 2009

Quelle	Anzahl
Bundesagentur für Arbeit	38.175
Bildungsgänge des Übergangs	79.472
Altbewerber (Stand September 2009)	42.932
Gesamt	160.579

Von der Gesamtsumme in Tabelle 2 sind 10% „Doppelzählungsquote“ abzuziehen, so dass der Bestand des Übergangssystems in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2009 bei 140.000 bis 150.000 Teilnehmer/innen liegen dürfte, im Vergleich zu den 71.418 Neuzugängen ins Übergangssystem im gleichen Jahr ist das immerhin das Doppelte. Wohlgermerkt: Dies ist eine Schätzung, bei der nicht sichergestellt werden kann, dass Doppelzählungen vermieden werden. Andererseits berücksichtigt sie auch nicht jene jungen Menschen, die sich zwar bei den Berufskollegs angemeldet haben, aber dann nicht erschienen sind und auch nicht diejenigen, die von der

Bundesagentur für Arbeit nicht erfasst worden sind, weil sie sich dort nicht als Bewerber um einen Ausbildungsplatz gemeldet haben.

Angesichts der für das Jahr 2009 von der Bundesagentur für Arbeit in Nordrhein-Westfalen als „unversorgte Bewerber“ geführten 4.067 Jugendlichen vermittelt die hier vorgenommene Schätzung einen guten Eindruck davon, dass die Berufsbildungsstatistiken von der Bundesagentur für Arbeit sicherlich höchst präzise und professionell geführt werden, aber von einer Abbildung der realen Verhältnisse auf dem Ausbildungsmarkt ziemlich weit entfernt sind. Und von einem Mangel an Ausbildungsplatzbewerbern, wie er immer wieder von interessierter Seite als Menetekel an die Wand gemalt wird, kann im Lichte dieser Schätzung nun wirklich nicht die Rede sein.

1.3 Demografischer Faktor

Mit der im Jahr 2006 einsetzenden konjunkturellen Erholung der deutschen Wirtschaft hat sich auch die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt leicht entspannt, allerdings nur für kurze Zeit, denn in Folge des Konjunkturerinbruchs, der durch die internationale Finanzmarktkrise ausgelöst wurde, ist in 2009 das Ausbildungsplatzangebot gegenüber 2008 um 8,2% gesunken. Da im gleichen Zeitraum demografiebedingt die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen um 8,8% zurückgegangen ist, haben sich die Ausbildungschancen für jungen Menschen zumindest nicht verschlechtert. (Berufsbildungsbericht 2010, 9 ff.)

Künftig ist davon auszugehen, dass sich in der Entwicklung der Jahrgangsstärken der 16-jährigen und der 60-jährigen von 2006 bis 2020 die Schere zu Ungunsten der 16-jährigen dramatisch öffnen wird. Optimistische Szenarien sehen in dieser Entwicklung, verbunden mit einer anziehenden Konjunktur, die Voraussetzung für einen raschen Abbau des Ungleichgewichtes von Ausbildungsplatzangebot und Nachfrage, zumal der Ersatzbedarf der Betriebe in Folge einer stetig wachsenden Zahl von aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Personen spürbar zunehmen wird. Sollten sich in Zukunft die Verhältnisse auf dem Ausbildungsmarkt tatsächlich in ein Ungleichgewicht zu Lasten der Betriebe umkehren, dann wird, was sich jetzt schon abzeichnet, die Wirtschaft verstärkt auf eine „Dualisierung“ der Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen drängen, um sich durch eine möglichst frühe Einbindung in die Berufs-

orientierung relative Wettbewerbsvorteile in der Konkurrenz um immer weniger werdende Schulabsolventen zu sichern.

Zweifelsohne werden sich demografische Veränderungen auch auf dem Ausbildungsmarkt auswirken, allerdings ist die Zeit noch längst nicht reif, hier die Signale auf Entwarnung zu stellen. Denn bis der Rückstau der Altbewerber (man kann auch von einer Bugwelle des Übergangssystems sprechen) nachhaltig abgebaut ist, dürfte noch viel Zeit vergehen. So waren beispielsweise im Jahr 2008, als die Absolventenzahlen aus den allgemeinbildenden Schulen bereits deutlich zu sinken begannen und die Neuzugänge in das Übergangssystem im Vergleich zu 2005 um 88.000 zurückgingen, mehr als die Hälfte der Bewerber um eine Ausbildungsstelle Altbewerber, also solche Bewerber, die laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit bereits im Vorjahr oder früher die Schule verlassen hatten³. Insgesamt hat sich der Anteil der Jugendlichen, die zunächst keinen Zugang zur betrieblichen Ausbildung gefunden haben, zwischen 1992 und 2007 um 111% erhöht, also mehr als verdoppelt (Kroll 2009, 93 ff.).

Das Problem der zumeist im Übergangssystem verbleibenden Altbewerber dürfte gleichsam auch im Wortsinn dazu beigetragen haben, dass das Durchschnittsalter aller Ausbildungsanfänger inzwischen knapp unter 20 Jahren liegt – eine Zeitverschwendung, die angesichts der Bemühungen um Bildungszeitverkürzungen bemerkenswerterweise kaum auf öffentliche Resonanz trifft. Der darin zum Ausdruck kommende Rückgang jüngerer Jahrgänge ohne Studienberechtigung an der Ausbildungsbeteiligung wird darüber hinaus durch strukturelle Verschiebungen innerhalb des Ausbildungsplatzangebotes verstärkt: So sank zwischen 1994 und 2006 das Ausbildungsplatzangebot in den Fertigungsberufen um 59.000 bzw. 20%, während es in den Dienstleistungsberufen um 20.000 bzw. 7% zunahm. Dieser Trend zur „Tertiarisierung“ des Ausbildungsangebotes hatte vor allem für Hauptschulabgänger (und damit für die im Schnitt jüngste Absolventengruppe aus den allgemeinbildenden Schulen) die Konsequenz, dass ihre Eintrittschancen in das Duale System schlechter wurden, denn

³ Laut BIBB-Datenreport zum Berufsbildungsbericht für das Berichtsjahr 2008 (Übersicht A1-1) standen 320.450 Altbewerber 634.609 nicht studienberechtigten Schülertlassen aus den allgemeinbildenden Schulen gegenüber. Trotz weiter zurückgehender Schul-Absolventenzahlen ging im Berichtsjahr 2009 der entsprechende Anteil der Altbewerber nur um ca. 10% zurück. Vgl. dazu BIBB-Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009, 12.

diese stellen im Fertigungsbereich traditionell die meisten Auszubildenden (Beicht/Ulrich 2008, 37 ff.). Ein Drittel der Jugendlichen, unter jenen mit Hauptschulabschluss sogar die Hälfte, findet keine Ausbildungsstelle, sondern beginnt eine berufsvorbereitende Maßnahme im sogenannten Übergangssystem. Einige können zu einem späteren Zeitpunkt noch eine Ausbildung beginnen, dennoch gelten über 15% (2,2 Millionen) der jungen Menschen in Deutschland im Alter von 20 bis 34 Jahren als ausbildungslos (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012; Bundesinstitut für Berufsbildung 2012).

Anderthalb Jahrzehnte Ungleichgewicht am Ausbildungsstellenmarkt bedeuten offenbar eine schwere Hypothek für die weitere Entwicklung des Berufsbildungssystems in Deutschland. Klar ist dabei: Zu Maßnahmen im Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Beruf gab und gibt es keine Alternative, solange auf diese Weise zeitlich begrenzte Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsstellenmarkt ausgeglichen werden. Zum Problem wird es erst dann, „wenn ein solches Übergangssystem über lange Zeit quantitativ überfordert wird und den überwiegenden Teil der Jugendlichen mit mittleren und niedrigeren Schulabschlüssen übernehmen muss.“ (Severing 2010, 94) Auf diese Weise wird die Entwicklung von Patchwork-Laufbahnen befördert, für die auf dem Weg ins Berufsleben immer seltener das Verlaufsmuster der traditionellen „Normalbiographie“ allgemein bildende Schule – Berufsausbildung – Erwerbstätigkeit charakteristisch ist.

Zur Entwicklung des Übergangssystem haben das BMBF und das statistische Bundesamt neue Zahlen veröffentlicht (BMBF 2014 a/b und 2015). Im Jahr 2014 begannen 256.110 junge Menschen ein Bildungsprogramm im Übergangsbereich, um durch den Erwerb beruflicher Grundkenntnisse oder durch das Nachholen eines Haupt- oder Realschulabschlusses ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu verbessern. Verglichen mit 2005 konnte im Jahr 2014 ein Rückgang der Anfängerzahlen im Übergangsbereich um 161.539 (-38,7%) erreicht werden (vgl. BMBF 2015, 43).

Bedeutet diese Entwicklung eine gelungene Inklusion+ in die Arbeitswelt? Davon kann keine Rede sein! Rückläufige Zahlen des „Übergangssystems“ im Zeitvergleich lassen sich aufgrund des wirtschaftskonjunkturellen Aufschwungs einerseits und des Geburtenrückgangs in den relevanten Alterskohorten andererseits erklären (Ulrich 2010). Demografische Veränderungen und die Annäherung von dualem Arbeitsplatzangebot und der Ausbildungsplatznachfrage haben hierzu beigetragen. Zudem ist

die Bereitschaft der Unternehmen gewachsen, zunehmend auch lernschwächeren Jugendlichen Ausbildungschancen zu geben.

Dennoch lag die Zahl der Anfängerinnen und Anfänger im Übergangsbereich nach den Ergebnissen der Schnellmeldung der Integrierten Ausbildungsberichterstattung 2015 im Jahr 2014 mit 256.110 erstmals wieder minimal (+709 bzw. +0,3%) über dem Vorjahreswert von 255.401.53 (vgl. BMBF 2015, 43). Insbesondere Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)54 und Berufsgrundbildungsjahr (BGJ)55 verzeichneten 2014 Anstiege (vgl. Tabelle 1).

Obwohl die Zahl der Neubeginne im Übergangssystem sinkt, gibt es immer noch zu viele junge Menschen, denen der Einstieg in Ausbildung nicht unmittelbar gelingt.

Zum 30. September 2014 waren bei den Agenturen für Arbeit und Jobcentern 20.872 unversorgte Bewerberinnen und Bewerber registriert, die weder in eine Ausbildung noch in eine Alternative eingemündet sind. Das sind 162 (-0,8%) weniger als im Vorjahr (2009: 15.486, 2010: 12.016, 2011: 11.344, 2012: 15.637, 2013: 21.034, 2014: 20.872) (vgl. BMBF 2015, 15). Der Rückgang ist auf Ostdeutschland zurückzuführen. Hier sank die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber um 433 (-9,6%) auf 4.088. Westdeutschland verzeichnete mit 16.574 einen leichten Anstieg (+237 bzw. +1,7%). Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, die eine Alternative zu einer Ausbildung begonnen haben (z.B. schulische Bildung, Studium, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme, Praktikum, Einstiegsqualifizierung etc.), aber unabhängig davon weiterhin nach einer Ausbildungsstelle suchen und eine entsprechende Vermittlung durch die Agentur für Arbeit oder das Jobcenter wünschen, ist um 2.214 (-3,5%) auf 60.316 zurückgegangen. In den letzten Jahren konnte die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber mit Alternative zum 30.9. bundesweit deutlich reduziert werden (2009: 73.054, 2010: 68.355, 2011: 60.975, 2012: 60.347, 2013: 62.530, 2014: 60.316) (vgl. BMBF 2015, 15).

Es wird offenbar grundsätzlich schwieriger, das betriebliche Angebot und die Nachfrage der Jugendlichen zusammenzuführen – beruflich, regional und anforderungsspezifisch (BMBF 2014b). Bei den unbesetzten Berufsausbildungsstellen wurde seit 2009 ein neuer Höchststand erreicht. Zum Ende des Ausbildungsjahres 2013/2014 registrierte die BA noch 37.101 unbesetzte Berufsausbildungsstellen. Verglichen mit dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um 3.363 (+10,0%). Seit 2009 ist die Zahl der gemeldeten unbesetzten Berufsausbildungsstellen erheblich gestiegen

(2009: 17.255, 2010: 19.605, 2011: 29.689, 2012: 33.274, 2013: 33.738, 2014: 37.101). Dies macht die Herausforderung deutlich, Jugendliche und Betriebe besser zusammenzubringen.

2. Die qualitative Dimension des Übergangs

2.1 Bildungsverläufe im Übergang

An den Bildungsgängen des Übergangs, die nicht zu einem vollwertigen Berufsabschluss führen, nehmen in erheblichem Ausmaß Schulabsolventen und -absolventinnen teil, die maximal über einen Hauptschulabschluss verfügen. Diese Maßnahmen haben drei zentrale Funktionen: Vermittlung der Ausbildungsreife, Erweiterung von Bildungsoptionen und für marktbenachteiligte Jugendliche Überbrückung bis zum Einstieg in eine Berufsausbildung.

Zumindest für den von der Übergangsstudie des Bundesinstituts für Berufliche Bildung (BIBB) untersuchten Zeitraum 2000 bis 2005 zeigen Sequenzmusteranalysen der ersten 36 Monate nach Verlassen der allgemeinbildenden Schule, dass nur etwa 38% der nicht studienberechtigten Absolventen unmittelbar und dauerhaft in eine betriebliche Berufsausbildung einmünden.⁴ Weitere 14% starten mit einer zeitlichen Verzögerung, das heißt meist nach Abschluss eines Bildungsganges des Übergangssystems in eine betriebliche Lehre. Somit gelangen insgesamt 52% mit und ohne zeitliche Verzögerung in eine betriebliche Berufsausbildung (Beicht et al. 2008, 166-181). Allerdings sind die restlichen 48% nicht allesamt als problematische Fälle zu werten. Weiteren 18% gelingt (zum Teil mit leichter Verzögerung) der dauerhafte Übergang in eine nicht betriebliche Berufsausbildung (innerhalb und außerhalb der Berufe nach Berufsbildungsgesetz und Handwerksordnung), und 10% streben einen höheren Schulabschluss z.B. in einer Fachoberschule an (Beicht et al. 2008, 159 f.).

Der Kern der als problematisch einzustufenden Bildungsbiographien umfasst etwa 20 bis 30% der nicht studienberechtigten Schulabsolventen. Bei diesen Jugendlichen zeichnen sich langwierige oder nicht gelungene

⁴ Andere Studien kommen zu niedrigeren Anteilen der Maßnahmeteilnehmer, die sofort nach dem Schulbesuch eine vollqualifizierende Ausbildung aufnehmen. Belege dazu in: Nationaler Bildungsbericht 2006, 168.

Übergänge in eine Berufsausbildung ab. Dabei wechseln sich Phasen des Aufenthalts im Übergangssystem mit Zeiten außerhalb des Bildungssystems (zu Hause, jobben, auf Ausbildungs- und Arbeitssuche) ab. In dieser Gruppe sind Jugendliche mit höchstens Hauptschulabschluss und mit schlechteren Schulnoten (64%) überproportional stark, aber auch Personen mit mittlerem (33%) und höherem Schulabschluss (3%) vertreten. Einen weit überproportionalen Anteil (42%) in der ersten Gruppe haben junge Menschen mit Migrationshintergrund bzw. aus bildungsfernen Familien (Beicht 2009, 12). Nicht zu unterschätzen ist die Gefahr, dass diesen jungen Menschen auf Dauer eine qualifizierte berufliche Ausbildung versagt bleibt und ihnen somit eine tragfähige Integration ins Erwerbsleben nicht gelingt.⁵

Angesichts solcher Bildungsverläufe ist es schon überraschend, dass trotz des ursprünglichen Wunsches von Teilnehmern/-innen am Übergangssystem nach einer voll-qualifizierenden Ausbildung ihre Bewertung der Übergangsmaßnahmen im Rückblick weit überwiegend positiv ausfällt, wobei es so gut wie keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Arten von Maßnahmen gibt (Beicht 2009, 8). Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass „viele Jugendliche das Bedürfnis haben, ihre eigenen berufsbiographischen Erfahrungen möglichst positiv zu deuten“ und daher dazu neigen, die durchlaufenen Bildungsetappen im Nachhinein als nutzbringend anzusehen (Ulrich 2008, 14).

Davon einmal abgesehen, wie Jugendliche ihren Verbleib im Übergangssystem bewerten, ist es vor allem mit Blick auf die Risikogruppen insgesamt unbestritten günstiger, wenn sie zur Überbrückung von Ausbildungslosigkeit an einer Bildungsmaßnahme des Übergangssystems teilnehmen, wobei sich der erfolgreiche Abschluss einer Maßnahme nur für solche Jugendliche positiv auf ihre Übergangschancen in eine betriebliche oder vollqualifizierende Ausbildung auswirkt, die vor der Teilnahme maximal über einen Hauptschulabschluss verfügen. Für Jugendliche mit einem mittleren Schulabschluss ist es zumindest statistisch nachweisbar nicht von Belang für die Einmündungswahrscheinlichkeit in Ausbildung, ob sie die Übergangsmaßnahme zu Ende führen oder nicht. Einen Vorteil

⁵ Der Anteil junger Erwachsener im Alter von 20 bis 29 Jahren ohne berufliche Bildung schwankt seit Jahren um 15% und liegt bei ca. 1,5 Millionen Personen mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko, darunter immerhin 30% mit einem mittleren Schulabschluss. (Krekel/Ulrich, 2009, 9 f.)

haben sie nur beim Erwerb höherer Schulabschlüsse – allerdings ausschließlich was die Erweiterung ihrer Bildungsoptionen betrifft.⁶

2.2 Passungsprobleme

Die Analyse der Bildungsverläufe im Übergangsgeschehen weist auf gravierende Passungsprobleme im Übergang zwischen Schule und beruflicher Ausbildung hin. Kamen 1970 noch fast 80% der Auszubildenden im Dualen System aus der Hauptschule, so waren es 2005 nur noch 37,5%, das heißt fast zwei Drittel der vom Dualen System aufgenommenen Auszubildenden verfügte über einen mittleren oder höheren Schulabschluss. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielschichtig. An erster Stelle ist die Struktur des deutschen Schulsystems zu nennen, in dem nach wie vor die Segmentierung zwischen den Schultypen aufrechterhalten wurde, während sie beim Wettbewerb um Ausbildungsstellen keine Rolle spielt. Mittlerweile konkurrieren Jugendliche mit unterschiedlicher Schulausbildung um die gleichen Ausbildungsstellen – mit dem Ergebnis, dass Hauptschüler in diesem Rennen relativ häufig auf den hinteren Plätzen landen. Damit verstärkt sich die mit niedrigen Schulabschlüssen verbundene Stigmatisierung als Bildungsverlierer und findet selbst im Übergangssystem keine Entlastung, weil auch hier die Teilnehmerstruktur gemessen an ihren Bildungsprofilen disparat bleibt.

Ein weiterer Grund für die sich verschärfenden Passungsprobleme liegt in den steigenden Standards der Ausbildung im Dualen System, welche die sich ändernden und zumeist höheren Anforderungen in der Arbeitswelt widerspiegeln. So wandeln sich die Tätigkeitsmerkmale von material- zu daten-, informations- und wissensbezogener Arbeit, denn der produk-

⁶ Beicht 2009, 14. Vgl. dazu auch die Längsschnittuntersuchung des vom Deutschen Jugendinstitut entwickelten (DJI) Übergangspanels, das im März 2004 bundesweit in 126 Schulen rund 4.000 Schüler im letzten Schuljahr der Hauptschule nach Herkunft, Bildungszielen und Ausbildungsplänen befragte, um dann in den jährlichen Folgebefragungen bis Herbst 2009 ihre weitere bildungsbiographische Entwicklung zu untersuchen. Bezüglich der Risikogruppen und ihres Umfangs im Übergangssystem kommt das DJI-Panel zu vergleichbaren Ergebnissen wie die retrospektiv angelegte Übergangsstudie des BIBB, betont allerdings stärker die auf höhere Schulabschlüsse ausgerichteten Bildungsaspirationen von Jugendlichen im Übergangssystem. Eine Zusammenfassung der bisherigen Ergebnisse des DJI-Panels findet sich in: Lex/Geier 2010, 165-187.

tive Umgang mit dem Rohstoff Wissen ist eines der Kernelemente der Wissensgesellschaft. Entsprechend verlagern sich die Anforderungsprofile von motorisch-manuellen Tätigkeiten hin zu kognitiv abstrahierenden. Dies gilt für die Gruppe der hoch qualifizierten Angestellten und Selbstständigen in Forschung, Entwicklung, Konstruktion, Marketing und Beratung ebenso wie für die Ebene der Facharbeiter, deren Arbeit zunehmend anspruchsvoller und verstärkt wissensbasiert wird. Gefordert ist ein breites Fachwissen, Denken in Zusammenhängen, Übernahme von Prozessverantwortung, Selbststeuerung und Bereitschaft zu flexiblem Arbeitseinsatz in Gruppen sowie zur Weiterbildung (Bott et al. 2008, 11).

Die sich ändernden Qualifikationsanforderungen der Betriebe gehen einher mit strukturellen Verschiebungen innerhalb des Ausbildungsplatzangebotes: So sank zwischen 1994 und 2006 das Ausbildungsplatz-Angebot in den Fertigungsberufen um 59.000 bzw. 20%, während es in den Berufen im Dienstleistungsbereich um 20.000 bzw. 7% zunahm. Dieser Trend zur „Tertiarisierung“ des Ausbildungs-Angebotes hatte vor allem für Hauptschulabgänger die Konsequenz, dass ihre Eintrittschancen in das Duale System schlechter wurden, denn diese stellen im Fertigungsbereich traditionell die meisten Auszubildenden (Daten bei Bott et al. 2008, 9 ff.).

2.3 Ausbildungsreife

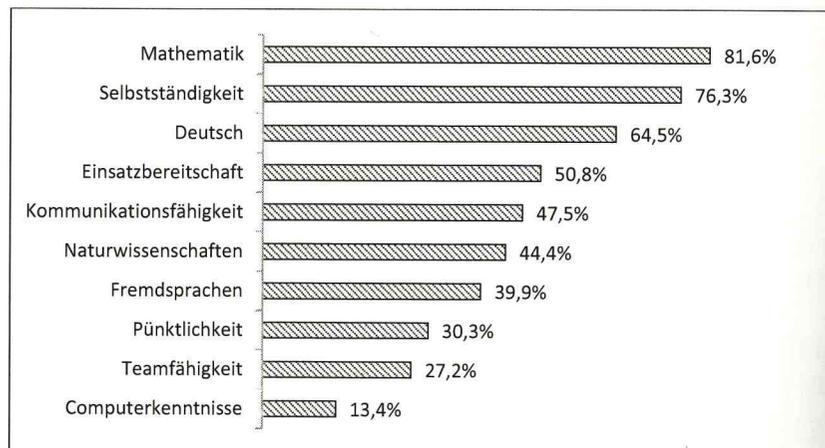
Es steht außer Frage, dass das Duale System der Berufsausbildung dazu in der Lage ist, sich ändernden Anforderungen in seinen Ausbildungsordnungen nachzukommen und seine Berufsbilder und Ausbildungsinhalte zu modernisieren. Freilich sind hohe Zugangshürden und Abbruchquoten in der dualen Ausbildung der Preis für diese Entwicklung. So hat sich beispielsweise in den vergangenen Jahren eine „scharfe Bestimmung von Ausbildungsreife“ durchgesetzt, die festlegt, „dass genau definierte personale und soziale Kompetenzen vorliegen müssen, bevor eine berufliche Ausbildung beginnen kann.“ (Zitat bei Severing 2010, 95)

Allerdings ist das Konstrukt Ausbildungsreife eher unsicher und umstritten: Vor allem „steht die Selbstverständlichkeit, mit der dieser Begriff die Praxis der Berufsbildung erobert hat, in einem deutlichen Kontrast zu seiner Unschärfe. So ist nach wie vor die Frage ungeklärt, inwieweit die von der BA festgelegten Merkmale tatsächlich positiv mit Verlauf und Erfolg der Ausbildung korrelieren“ (Severing 2010, 95). Bislang jeden-

falls fehlt jeder Beleg dafür, dass Bewerber um einen Ausbildungsplatz, die in Testsituationen beispielsweise den Dreisatz nicht beherrschen, in einer Berufsausbildung mit hoher Wahrscheinlichkeit scheitern und deshalb vom Zugang in eine vollqualifizierende Berufsausbildung ausgeschlossen werden müssen. Insofern spricht einiges dafür, dass „Ausbildungsreife“ nicht nur ein komplexes Konstrukt ist, das erhebliche analytische und normative Probleme aufwirft, sondern auch bei hoher Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ein Instrument zur Steuerung von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt.

Was Ausbildungsbetriebe an ihren Auszubildenden bemängeln, zeigen die Ergebnisse einer Befragung von Handwerksbetrieben, die das IAT im Jahr 2008 durchgeführt hat (Rolff 2009). Danach bereiten besondere Probleme die Fächer Mathematik und Deutsch (vgl. Abbildung 1). In Anbetracht der veränderten Anforderungen an das Handwerk und seiner Auszubildenden geben die Klagen über fehlende „Soft Skills“ Anlass zur Sorge. Bemängelt werden insbesondere fehlende Selbstständigkeit, Einsatzbereitschaft und Kommunikationsfähigkeit, während Pünktlichkeit eher selten als Problem genannt wird (Lehner et al. 2009). Die Defizite bei Selbstständigkeit, Einsatzbereitschaft und Kommunikationsfähigkeit lassen sich mit den generellen Problemen des deutschen Schulsystems verbinden, konkret mit überkommenen Bildungsstrukturen und Methoden.

Abbildung 1: Defizite bei Auszubildenden im Handwerk



Quelle: © Ruhruniversität Bochum / IAT 2008

Bemerkenswert ist, dass weiterhin mangelnde Ausbildungsreife von Schulabgängern das Ausbildungshemmnis Nr. 1 ist darstellt. Die Ausbildungsreife der Schulabgänger wird insgesamt von den Betrieben wieder schlechter beurteilt, sowohl bei den Deutsch- und Mathematikkompetenzen als auch bei den Softskills. Auch die Berufsorientierung wird von vielen Betrieben kritisiert. Um dies auszugleichen, engagieren sich viele Unternehmen und bilden die Jugendlichen mit zusätzlichem Aufwand aus (DIHK 2014).

Bezogen auf Passungsprobleme und Bildungsverläufe fällt die Bewertung des Übergangssystems kritisch aus. Die Gründe für seine Schwächen sind vielfältig und komplex. Sie liegen zum einen in dem „schwer aufzuklärenden Zusammenspiel von Angebotsstrukturen im Ausbildungsmarkt mit individuellen Hintergrundmerkmalen der kognitiven, motivationalen und sozialen Kompetenz Jugendlicher.“ (Baethge 2008, 63) Zum anderen manifestiert sich die Sonderstellung des Übergangssystems in einer „geringen Transparenz und Systematisierung seiner Maßnahmen und Programme. Während in der dualen Berufsausbildung klar geregelte Verfahren die Ordnungsarbeit der Sozialpartner bis hin zu gesetzlich verankerten Standardisierungen bestimmen, herrscht im Übergangssystem ein buntes Durcheinander von Konzepten und Kursen, von Maßnahmeträgern und Förderstrukturen“ (Severing 2010, 94). Dieses kaum zu überschauende Geflecht von Bildungsgängen, Initiativen, Programmen und Projekten wird im abschließenden Teil dieses Beitrages zu problematisieren sein.

3. Die institutionelle Dimension des Übergangs

Kennzeichnend für die institutionellen Aspekte des Übergangssystems sind neben seiner Verortung im Schnittpunkt unterschiedlicher ordnungs- und förderpolitischer Zuständigkeiten die Vielfalt der Akteure, Förderinstanzen, Programme, Instrumente und Maßnahmen, die selbst für Experten kaum zu übersehen und noch schwerer zu durchschauen sind – ganz zu schweigen von den jungen Menschen, die als Betroffene nicht den Hauch einer Chance zur Orientierung in diesem institutionalisierten Chaos haben. Angesichts dieser Vielfalt der Maßnahmen liegt das Problem nicht darin, dass den Schwierigkeiten des Übergangs in der Berufsausbildung zu wenig politische Aufmerksamkeit gewidmet würde. Im Gegenteil lässt sich feststellen, dass auf den unterschiedlichen Ebenen politi-

schen Handelns – Kommunen, Länder, Bund – eine Fülle von Übergangsaktivitäten entwickelt worden ist, die dazu beitragen, dass Komplexität und Ineffizienz von Handlungsfeldern, Förderstrategien und Akteursstrukturen im Übergangsgeschehen zunehmen.

3.1 Bildungsgänge und Programme

In der Programmlandschaft des Übergangs spielen die Bildungsgänge des Übergangs eine quantitativ und qualitativ herausragende Rolle. Sie sind gut dokumentiert und im Hinblick auf Struktur und Verteilung der Neuzugänge sowie auf ihre Finanzierungsgrundlagen umfänglich analysiert (Nationaler Bildungsbericht 2010, 97). Allerdings erweist sich auch in diesem Bereich der Bildungsföderalismus als ein Problem. Mit Ausnahme der Berufsvorbereitenden Maßnahmen der BA (BvB) und der Einstiegsqualifizierung (EQ), die in allen Ländern angeboten werden, hat das schulische Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) mit Ausnahme von Brandenburg, wo es nicht angeboten wird, besonders hohe Verbreitung in den neuen Ländern. Beim Berufsgrundschuljahr (BGJ) gibt es regionale Schwerpunkte: Relativ stark verbreitet ist es in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, dagegen wird es in Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Thüringen nicht (mehr) angeboten. Auch der Stellenwert der teilqualifizierenden Berufsfachschule (BFS) ist regional äußerst unterschiedlich. Außer in Mecklenburg-Vorpommern wird sie in allen Ländern angeboten. Mit Abstand am stärksten ausgebaut ist sie in Baden-Württemberg, aber auch in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat sie relativ große Bedeutung. Diese regionalen Differenzierungen müssen bei der Dokumentation und Analyse der Organisation dieser Bildungsgänge im Blick behalten werden, zumal nur sehr wenig systematisches Wissen zu den Umsetzungs- und Akteursstrukturen vor allem von BvB und EQ jenseits des Berufsschulsystems vorliegt.

Neben den Bildungsübergängen sind auf der Ebene von Bund, Ländern und Kommunen weitere Initiativen, Programme und Projekte in den Bereichen Berufsorientierung, Berufsvorbereitung, Nachqualifizierung und Implementierung neuer Strukturen im Übergang (regionales und lokales Übergangsmanagement) entwickelt und umgesetzt worden, zu deren inhaltlicher Ausrichtung und Teilnehmerstruktur ein systematischer Über-

blick bislang fehlt⁷ und die häufig als Modellprojekte zur Generierung von Beispielen guter Praxis angelegt sind.⁸ Ähnliches gilt für andere, vor allem berufsvorbereitende Maßnahmen der Länder und Kommunen im Rahmen der Jugendhilfe oder der Jugendsozialarbeit, wobei es auch zu Überschneidungen mit den Bildungsgängen im Übergangssystem kommen kann wie z.B. bei Sonderprogrammen zur Implementierung von Qualifizierungsbausteinen im BVJ.

Das bereits erwähnte ÜSAB-Projekt am IAT hatte die Aufgabe, die Bildungsgänge, Initiativen, Programme, Projekte und Maßnahmen des Übergangs zwischen Schule, Ausbildung und Beruf in Nordrhein-Westfalen zu recherchieren, zu dokumentieren und zu systematisieren. Ziel war eine möglichst umfassende, nicht nur Teilssegmente abbildende Bestandsaufnahme der Übergangslandschaft in diesem Land.

Insgesamt hat das Projekt 126 Initiativen, Programme, Bildungsgänge und Maßnahmen ermittelt, die in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 vom Bund, vom Land und von der Bundesagentur für Arbeit angeboten wurden. Die Auswertung nach Kriterien wie „Handlungsräume, Zielgruppen und Inhalte“ kommt zu dem Ergebnis: Im Übergangsgeschehen des Landes Nordrhein-Westfalen hat sich auf den unterschiedlichen Ebenen politischen Handelns – Kommunen, Land, Bund – ein Wildwuchs an Program-

⁷ Ausnahme: BMBF (Hrsg.) Gutachten zur Systematisierung der Fördersysteme, Instrumente und Maßnahmen in der beruflichen Benachteiligten-Förderung. Bd. 3 der Reihe Berufsbildungsforschung. Berlin/Bonn 2009. Dieses Gutachten kann für sich in Anspruch nehmen, als bisher einzige Studie zumindest einige Schneisen in das institutionelle Dickicht des Übergangs geschlagen zu haben. Insgesamt wurden 193 Programme erhoben, von denen 21 Programme dem Bund und 172 Programme den Ländern zuzuordnen sind. Unter den Ländern reichen NRW mit 20 und Hessen mit 19 Programmen fast an den Bund heran (ebd., S. 25). Das Manko dieses Gutachtens liegt darin, dass zwar einzelne Programme von Bund, Ländern und Kommunen beispielhaft genannt werden, es aber keine Gesamtdokumentation der ausgewerteten Programme gibt. Innerhalb des sehr komplex angelegten Systematisierungsschemas ist somit die spezifische Zuordnung konkreter Programme zu Handlungsfeldern, Zielgruppen usw. nur abstrakt, aber nicht konkret nachvollziehbar, was den Wert des Gutachtens beträchtlich mindert (ebd., S. 29 ff.).

⁸ Als Beispiele für den Bund: JOBSTARTER, JOBSTARTER CONNECT und „Perspektive Berufsabschluss“ mit den zwei Förderlinien „Regionales Übergangsmanagement“ und „Abschlussorientierte modulare Nachqualifizierung“. Als Beispiel für die Länder: Das Programm „3. Weg“ in NRW, das zu Recht wegen seines innovativen Ansatzes als eines der „Leuchtturmprojekte“ im Übergangssystem gilt.

men, Maßnahmen und Bildungsgängen breit gemacht, der kaum noch überschaubar und vor allem nicht aufeinander abgestimmt ist. Anders und zugespitzt gesagt: Ein Übergangssystem, dessen Hauptmerkmale Komplexität (besser: Chaos), Intransparenz und Ineffizienz sind, lässt sich selbst mit bestem Willen analytisch nicht als „System“ fassen. Gleichwohl gibt es unter Berücksichtigung solcher Kriterien wie „Handlungsräume, Zielgruppen und Inhalte“ Trends, die sich in der Analyse der Initiativen, Programme, Maßnahmen und Bildungsgänge im Übergangsgeschehen des Landes Nordrhein-Westfalen abzeichnen:

- Die vom Bund initiierten Programme legen den Schwerpunkt auf die strukturelle Ebene. Hier wird das Ziel verfolgt, die Strukturen des Übergangssystems zu verbessern und effizienter zu gestalten (kommunales und regionales Übergangsmanagement). Innerhalb der Einzelfallebene richten sich die Fördermaßnahmen des Bundes vor allem an benachteiligte Jugendliche.
- Im Land NRW liegt der programmatische Schwerpunkt des Übergangsgeschehens auf der Einzelfallebene. Hier stehen Schulen, Schülerinnen und Schüler und Berufsorientierung und -vorbereitung im Vordergrund – insbesondere für benachteiligte Schüler. Die strukturelle Ebene wird auch berücksichtigt, hat aber einen deutlich geringeren Stellenwert.

Im deutschen Übergangssystem wurde eine fehlende Abstimmung der vielfältigen Angebote und verschiedenen Programme kritisiert, weil dadurch immer wieder Jugendliche in unnötigen Warteschleifen verweilen oder inhaltlich gleiche Maßnahmen ohne Anschlussperspektive durchlaufen. Bund und auch Länder reagierten. „Übergänge mit System“ ist eine Initiative der Bertelsmann Stiftung zusammen mit 16 Ministerien aus neun Bundesländern sowie der Bundesagentur für Arbeit. Die Initiative will keine neuen Maßnahmen für den Übergang Schule-Beruf entwickeln und den viel kritisierten Maßnahmenchungel noch weiter verdichten. Vielmehr geht es darum, sich auf der Basis vielfältiger Erfahrungen der beteiligten Akteure auf ein gemeinsames Ziel zu verständigen und dieses auch umzusetzen.

Bei allen Bestrebungen zur Optimierung des Übergangssystems gewann der Ansatz der „Kommunalen Koordinierung“ an Bedeutung, deren Ziel die „kommunal verantwortete Bündelung und Abstimmung von Aktivitäten, die Herstellung von Transparenz und die Entwicklung und Anwendung gemeinsam vereinbarter Qualitätsstandards für den Bereich des

Übergangs von der Schule in Beruf und Arbeitswelt“ (Weinheimer Erklärung 2007) ist.

Nordrhein-Westfalen hat begonnen, ein neues Übergangssystem von der Schule in den Beruf umzusetzen. Es nimmt alle Schülerinnen und Schüler in den Blick. Der Start in die berufliche Ausbildung oder das Studium und damit zugleich ins Berufsleben soll so möglichst vielen Jugendlichen erfolgreicher als bisher ermöglicht werden (Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (2012).

Kommunale Integrationszentren in NRW setzen an dem wichtigen Bildungsübergang Schule-Beruf an. Grundlegend ist dabei die Ausrichtung an den Stärken der Jugendlichen. Hierzu sollen neben den schulischen auch die außerschulischen Lernorte und Einflüsse genutzt werden. Die Kommunalen Integrationszentren sind Partner für die Verankerung der Diversität in der von der Landesregierung begonnenen Neugestaltung des Übergangssystems Schule-Beruf in den Regionen.

Wie erfolgreich diese Neuerungen sind, lässt sich erst nach wissenschaftlichen Evaluationen darlegen.

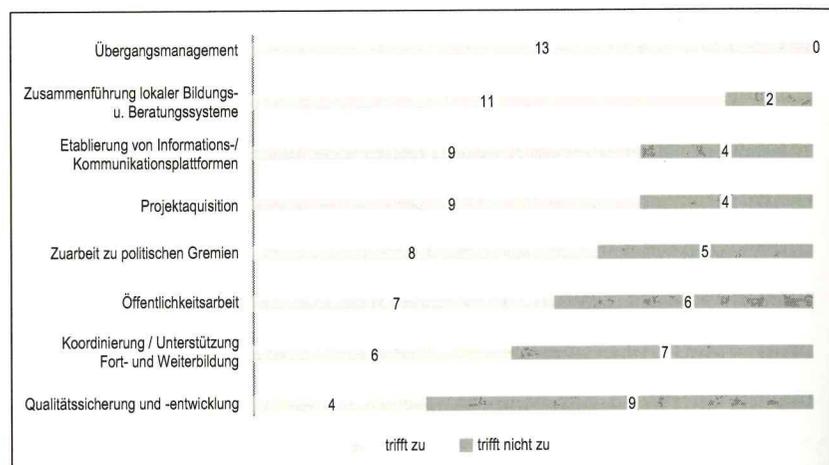
3.2 Akteurskonstellationen und Steuerungsinstrument

Der Mangel an Transparenz und erkennbaren Strukturen im Handlungsfeld Übergang setzt sich bei den Akteurskonstellationen fort. Der Versuch, diese zu analysieren, kommt in vielen Aspekten dem Blick in eine „Camara Obscura“ gleich. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, liegen keine systematisch aufbereiteten Informationen vor, so dass hier in der Tat ein ganz erheblicher Erkenntnisbedarf besteht. Dies gilt umso mehr, als im Übergangssystem unterschiedliche Akteure (Agenturen für Arbeit: ARGE bzw. Optionskommunen, Jugend- und Sozialämter, Schulen, Wirtschafts- und Sozialpartner, Verbände, Betriebe, freie Träger) mit unterschiedlichen Zuständigkeiten und Verantwortungsbereichen und unter Nutzung verschiedener Finanzierungsinstrumente (SGB II, SGB III, SGB VIII, SGB IX, kommunale Haushaltsmittel, Schuletats, Länder- und Bundesprogramme, private Mittel, Stiftungen, Eigenmittel u.v.m.) zusammen arbeiten. Allein diese Aufzählung verdeutlicht unmittelbar, welche Anstrengungen und personellen Ressourcen erforderlich sind, um wenigstens in Teilbereichen ein aufeinander abgestimmtes und zielgeleitetes Verfahren auf den Weg zu bringen und wirksam werden zu lassen.

Angesichts dieser heterogenen Akteurs-Strukturen sind viele Bundes- und Landesprogramme dazu übergegangen, Kooperationsstrukturen im Übergangsmanagement zu initiieren und sie regional und lokal nachhaltig zu verankern.⁹

In der Bildungsregion Ruhr beteiligen sich mit Ausnahme von zwei Kreisen alle Kommunen und Kreise der Region am Programm Regionale Bildungsnetzwerke (RBN) und haben in diesem Kontext (oder auch bereits vorher) eine zentrale Koordinierungsstelle bzw. ein Bildungsbüro eingerichtet. Unterschiedlich sind allerdings die Aufgaben dieser zentralen Koordinierungsstellen bzw. Bildungsbüros: Die Schwerpunkte liegen auf dem Übergangsmanagement sowie der Vernetzung und Zusammenführung von Bildungs- und Beratungssystemen (Abbildung 2).

Abbildung 2: Aufgaben der zentralen Koordinierungsstellen in der Region Ruhr



Quelle: Regionalverband Ruhr 2012

⁹ Vgl. dazu das NRW-Programm „Regionales Übergangsmanagement“, für das vom Schulministerium Personalstellen gefördert werden und in Schleswig-Holstein die Initiative „Schule & Arbeitswelt – Koordinierung vor Ort. Eine Entwicklungspartnerschaft zwischen Land, BA und Kommunen“, an deren Evaluierung die Autorin teilnahm. Zum kommunalen Übergangsmanagement s. die umfassende und sehr instruktive Expertise von Kruse, W. et al. (2009). Jugend: Von der Schule in die Arbeitswelt. Bildungsmanagement als kommunale Aufgabe, Stuttgart.

Hinzu kommt die Akquise von Projekten, etwa „Lernen vor Ort“ (zwei Nennungen) oder „Perspektive Berufsabschluss“ (zwei Nennungen) (vgl. Regionalverband Ruhr 2012).

Vor allem in Modellprojekten werden sie als konzeptioneller Bestandteil vorausgesetzt und der für die erforderliche Entwicklungsarbeit erhöhte Personaleinsatz wird gefördert. Häufig jedoch enden diese Modelle nach Abschluss der Förderung und örtlich aufgebaute Strukturen reißen ein, weil der finanzielle Handlungsspielraum vieler Kommunen durch das Zwangskorsett des Nothaushaltsregimes eng begrenzt ist.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich die Akteure im Übergangssystem auf drei Gruppen verteilen:

- Zum einen die Gruppe der Programmentwickler, Implementierer und Evaluatoren, die sich vor allem aus Administration und Wissenschaft rekrutieren. In ihrer quantitativen Dimension dürfte diese Gruppe überschaubar sein, für die inhaltliche Gestaltung und fördertechnische Umsetzung sind sie freilich höchst bedeutsam.
- Zum zweiten die Institutionen, die für die praktische Programmarbeit zuständig sind. Hier reicht die Spannweite von Schulen über Betriebe, Bildungswerke und Kammern bis hin zu privaten Maßnahme-Trägern.
- Und zum dritten das Personal, dem an der pädagogischen Front des Übergangsgeschehens als Umsetzungsmotor die entscheidenden Aufgaben zukommen.

Zur dritten Gruppe gehören neben dem Lehrpersonal an den Schulen vor allem sozial-pädagogische Fachkräfte, Ausbilder mit handwerklichen, gewerblich-technischen oder kaufmännischen Abschlüssen, Sozialwissenschaftler/innen und Verwaltungspersonal. Zur Anzahl und zu den Qualifikationen der im Übergangssystem tätigen Fachkräfte liegen keine belastbaren Angaben vor. Selbst unter Experten der Berufsbildung reichen die Schätzungen von 30.000 bis 100.000 Mitarbeitern bundesweit. Ihre Fluktuation dürfte insbesondere im Bereich der Maßnahme-Träger relativ hoch sein, weil viele Verträge projektbezogen abgeschlossen und von den Trägern wegen des Kostendrucks bei Ausschreibungen zumeist Honorarkräfte eingesetzt werden.

Die heterogene Akteurs-Struktur im Übergang spiegelt sich in den Steuerungsinstrumenten und Steuerungslogiken wider, die in diesem Bereich wirksam werde. Schulen folgen anderen Steuerungslogiken und set-

zen andere Steuerungsinstrumente ein als die Rechtskreise des SGB und gleiches gilt für den Bereich der freien Träger, die in ihren Entscheidungen nicht zuletzt von betriebswirtschaftlichen Erwägungen ausgehen und sich dabei einem zunehmenden Konkurrenzdruck im Wettbewerb um knapper werdende Ressourcen ausgesetzt sehen.

Als Reaktion darauf, dass im gesamten Übergangssystem höchst komplexe Prozesse stattfinden bzw. initiiert werden müssen, die es zu planen, zu überprüfen und zu moderieren, sprich: zu managen gilt, wird in der Einführung von Netzwerkstrukturen das wohl zu Recht probateste Mittel gesehen, um den Anforderungen an ein effektives und effizientes Übergangsmanagement vor allem auf der Ebene von Kommunen und Regionen gerecht zu werden. In solchen Netzwerken unterschiedlicher Akteure kommen als Steuerungsinstrument „Governance-Strukturen“ zum Tragen, die sich durch folgende Eigenschaften auszeichnen:

- Delegation bzw. Verlagerung von Entscheidungskompetenzen in freiwillige Netzwerkstrukturen;
- Verhandlungssysteme unterschiedlicher Akteursgruppen;
- Profilbildung in thematischen Schwerpunkten;
- Aufweichung von Zuständigkeitsmonopolen und Betonung von Kooperations- und Konsensprinzip.

Inzwischen konzentriert sich die „Strategiediskussion Übergang“ auf zwei Steuerungsgrößen, deren Existenz und Verschränkung als besonders zielführend für eine Verbesserung des Übergangs in vollqualifizierende Berufsausbildung angesehen wird: Auf der strukturellen Ebene eine systematische Planung und Abstimmung der kommunalen Bildungsangebote in Form eines regionalen/lokalen Übergangsmanagements; auf der Einzelfallebene eine bildungsbiographisch sinnvolle Ausrichtung und Umsetzung der Bildungsangebote im Zuge der persönlichen Begleitung des jeweiligen Jugendlichen. Allerdings hängt die Effizienz eines solchen zweigleisigen Steuerungsmechanismus ganz entscheidend davon ab, dass ein der Nachfrage entsprechendes Angebot an vollqualifizierenden Ausbildungsplätzen vorhanden ist. Sonst droht ein Debakel, wie es gerade

bei dem seit 2008 bundesweit hochgelobten „Quantensprung-Projekt“ in Iserlohn eingetreten ist.¹⁰

In der Diskussion über Reformen des Übergangssystems ist darauf zu achten, dass der Begründungszusammenhang von Reformvorhaben zur beruflichen Bildung insgesamt und zum Übergangssystem im Besonderen nicht im Blick auf die zurückliegenden Jahre gleichsam historisiert, sondern auch den sich künftig ändernden Rahmenbedingungen auf dem Ausbildungsmarkt Rechnung getragen wird. Dazu gehört zum einen die allseitig erwartete und vor allem von der Trägerszene befürchtete empfindliche Kürzung der BA-Mittel für den Übergang. Dazu gehören zum anderen Entwicklungsprognosen zum Übergangssystem, in dem nach der Status-quo-Variante der Bildungsvorausberechnung in 2025 immer noch etwa 240.000 Personen als Teilnehmer von Übergangsmaßnahmen geschätzt werden (Nationaler Bildungsbericht 2010, 176).

Folgt man einer angebotsorientierten Modellprojektion (ebd.), die den vermuteten Arbeitskräftebedarf und die rückläufige Zahl von Ausbildungsbewerbern miteinander verbindet, dann werden die Neuzugänge zur dualen Ausbildung und zum Schulberufssystem in 2025 nur um vier Prozentpunkte unter ihrem gegenwärtigen Stand liegen, während das Übergangssystem weitgehend verschwinden wird (8,1% des gegenwärtigen Standes). Wie bei solchen Projektionen üblich setzten sie bezogen auf die wirtschaftliche Gesamtentwicklung auf Annahmen auf, die so eintreten, aber wie das Beispiel der zwei zurückliegenden Jahrzehnte zeigt, bedingt durch konjunkturbedingte Einbrüche auch ganz anders verlaufen können. Was diese Projektion auch nicht berücksichtigt, sind die Altbewerber, die in den nächsten Jahren noch erheblichen Handlungsdruck im Übergangsbereich erzeugen werden. Insofern spricht nicht viel dafür, dass sich das Übergangssystem und die mit ihm verbundenen Probleme in den nächsten zwei Jahrzehnten gleichsam von selbst auflösen werden.

¹⁰ Die Stadt Iserlohn hatte den Hauptschülerinnen und Hauptschülern der achten Klasse einen Vertrag angeboten, der ihnen einen Ausbildungsplatz garantierte, vorausgesetzt sie nehmen an Förderangeboten teil und schließen die Schule erfolgreich ab. Insgesamt unterschrieben 208 Jugendliche den Vertrag, von denen allerdings nur die Hälfte bis zum Ende durchgehalten hat. Da die Stadt ihre vertragliche Zusage einer Ausbildungsplatzgarantie nicht erfüllen konnte (nur 23 Ausbildungsplätze sind mobilisiert worden), ist das „Quantensprung-Projekt“ gescheitert und wird in dieser Form auch nicht mehr durchgeführt.

4. Schlussbetrachtung

Inzwischen ist die Kritik am Übergangsgeschehen in eine Grundsatzdebatte zum Thema „strukturelle Krise des deutschen Berufsbildungssystems“ umgeschlagen. Vor allem angesichts der in der „Übergangszone“ (Dobischat/Kühnlein 2009, 8) von der Schule in den Beruf verstärkt auftretenden Selektionsprozesse droht der dualen Ausbildung als Flaggschiff der deutschen Berufsbildung viel von ihrer integrativen Kraft verloren zu gehen. Damit gerät auch der historisch gewachsene Entwicklungspfad der deutschen Berufsbildung in den Blick, der im europäischen Vergleich – von Österreich und der Schweiz abgesehen – einmalig und überaus erfolgreich ist. Er hat dazu beigetragen, dass über einen langen Zeitraum hinweg die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands gesichert und dadurch den auf diese Weise (berufs- und betriebsbezogene duale Ausbildung) qualifizierten Menschen stabile Berufs- und Lebensperspektiven zuverlässig garantiert werden konnten.

Die Strahlkraft dieses Erfolgsmodells wird inzwischen durch unübersehbare Krisensymptome getrübt, die auf einen beträchtlichen Reform- und Modernisierungsbedarf des deutschen Berufsbildungssystems hinweisen. Erfreulich ist daran, dass diese Reformdiskussionen nicht mehr wie noch in den 1990er Jahren bei den scharfen Kontroversen um die Einführung des European Qualifikation Framework (EQF) in den Schützengräben einer „Lagerdebatte“ geführt werden. Aus der Erkenntnis heraus, dass „an Europa auch im Berufsbildungsbereich kein Weg vorbeiführt“, beginnen sie sich für neue Ansätze zu öffnen wie „Modularisierung als didaktisch-curriculares Prinzip“ sowie Anschlussfähigkeit und Vergleichbarkeit von „formalen, informellen und non-formalen Fähigkeiten, Fertigkeiten, Qualifikationen und Kompetenzen im europäischen Raum“. (Münk 2010, 202, 205, 210)

Allerdings zeigt die zurückhaltende Reaktion auf die Öffnungsoptionen, die von der Reform des Berufsbildungsgesetzes (2005) ausgehen, dass die „Beharrungskräfte bestehender institutioneller Strukturen“ und die „offenbar nach wie vor funktionierenden standespolitischen Interessenvertretungen im deutschen Berufsbildungssystem“ (Münk 2010, 212) nicht zu unterschätzen sind. Sie werden immer dann offenbar, wenn es darum geht, in dem mittlerweile sattsam bekannten „Schwarze-Peter-Spiel“ die Verantwortung für die Ausbildungsprobleme in Deutschland zwischen Schule, dualer Ausbildung und Übergangssystem hin und her zu schieben.

Vor diesem Hintergrund kommt es jetzt und in Zukunft darauf an, den Handlungsdruck, der vom Übergangssystem ausgeht und bei den Passungsproblemen zwischen allgemeiner Schulbildung und den drei Teilssegmenten beruflicher Bildung noch nicht aufhört, dafür zu nutzen, die Strukturen beruflicher Bildung in Deutschland insgesamt auf den Prüfstand zu stellen und so den Reformhorizont für überfällige Strukturverbesserungen, wohlgerichtet nicht für eine Grundrevision, zu öffnen.

Hierfür sind vor allem drei Problemkomplexe in Betracht zu ziehen:

- Zum einen müssen die zur Verfügung stehenden Maßnahmen, Programme und Bildungsgänge systematisch aufeinander abgestimmt, anschlussfähig und – horizontal wie vertikal – durchlässig gestaltet werden (Dobischat/Kühnlein 2010, 17). Die Einführung von lokalen und regionalen Netzwerken (Übergangmanagement) erweist sich dafür z.Zt. als ein besonders erfolgversprechendes Instrument.
- Zum zweiten geht es um die europäische Integration der deutschen Berufsbildung. Dabei wird man nur vorankommen, wenn zwei Prozesse parallel laufen: die „Suche nach Reformoptionen innerhalb des Rahmens des europäischen Entwicklungskontextes und die Identifikation von europäisch inspirierten Reformoptionen innerhalb der Möglichkeiten der deutschen Systemgrenzen“ (Münk 2010, 196).
- Und zum dritten sind die institutionellen Strukturen des Übergangssystems, die durch Komplexität, Intransparenz und Ineffizienz geprägt sind, nachhaltig zu verändern. Ihre derzeitige Verfassung ist ein gutes Beispiel dafür, wie Organisationen, Fördersysteme und Akteursstrukturen auch durch die Pfadentwicklung, die sie in den letzten Jahren genommen haben, Legitimation erfahren und nicht mehr hinterfragt werden. Sie erscheinen vielmehr als so selbstverständlich, dass weder ihre innere Logik reflektiert noch Verbesserungspotenziale überprüft und realisiert werden.

Damit steht die Reformfähigkeit eines Berufsbildungssystems auf der Tagesordnung, das sich in Deutschland noch nicht in jeder Hinsicht von seinen ständischen Wurzeln gelöst hat, auch wenn man dem dualen Ausbildungssystem in Deutschland insgesamt ein sehr gutes Zeugnis ausstellen kann. Allerdings hat sich im Übergangsbereich ein Wildwuchs an Programmen, Akteuren und Steuerungsinstrumenten herausgebildet, der

zum Problem wird, weil die Vielzahl der Angebote kaum noch überschaubar und vor allem nicht aufeinander abgestimmt ist. Diese begrenzte Transparenz der in den Maßnahmen ablaufenden Lernprozesse führt dazu, dass das Zusammenspiel von Angebotsstrukturen im Ausbildungsmarkt und individuellen Merkmalen der kognitiven, motivationalen und sozialen Kompetenzen junger Menschen nur schwer zu fassen ist und im Übergangssystem – gemessen an den Ergebnissen – offenbar nur eine marginale Rolle spielt.

Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Bielefeld
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel (zit. als Nationaler Bildungsbericht)
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2006): Bildung in Deutschland 2006. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I (zit. als Nationaler Bildungsbericht)
- Baethge, M. (2008): Das Übergangssystem: Struktur – Probleme – Gestaltungsperspektiven, in: Münk, Rützel, Schmidt (Hrsg.), a.a.O., S. 63
- Baethge, M., Solga H., Wieck, M. (2007): Berufsausbildung im Umbruch. Signale eines überfälligen Aufbruchs. Bonn
- Beicht, U. (2009): Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife? BIBB-Report, Heft 11
- Beicht, U., Friedrich, M., Ulrich, J.G. (Hrsg.) (2008): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen. Bonn (BIBB-Übergangsstudie)
- Bott, P., Helmich, R., Schade, H.J. (2008): Arbeitsmarktprognosen – Trends, Möglichkeiten, Grenzen. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 37, Heft 3, S. 9-13
- Bundesinstitut für Berufliche Bildung (2012): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010 Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. BIBB-Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012
- Bundesinstitut für Berufliche Bildung (2010): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010 Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. BIBB-Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010
- Bundesinstitut für Berufliche Bildung (2009): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2010 Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. BIBB-Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2015): Berufsbildungsbericht 2015. Online: http://www.bmbf.de/pub/Berufsbildungsbericht_2015.pdf
- DIHK (2014): Ausbildung 2014. Ergebnisse einer DIHK-Online-Unternehmensbefragung.
- Dobischat, R., Kühnlein, G., Rosendahl, A., Fischell, M. (2010): Gestaltungsakteure im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt. Zur Rolle von Gewerkschaften im regionalen Übergangmanagement. Arbeitspapier 196. Online: http://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_196.pdf
- Lehner, F., Neumann, S., Rolff, K. (2009): Nachwuchsprobleme im Handwerk – eine Studie im nördlichen Ruhrgebiet. Internet-Dokument. Gelsenkirchen: Institut Arbeit und Technik. Forschung Aktuell, Nr. 01/2009
- Eurostat Statista (2015): Europäische Union: Jugendarbeitslosenquoten in den Mitgliedsstaaten im November 2014. Online: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa>
- Greiner, W.-D. (2007): Kernschmelze – der drohende GAU unseres Berufsausbildungssystems. Berlin: Technische Universität Berlin. Online: <http://www.bakfst.de/Greiner-Kernschmelze.pdf>
- Konsortium Bildungsberichterstattung im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (2006): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration
- Kroll, S. (2009): Quantitative Synopse zur relativen Bedeutung verschiedener Bildungsgänge. In: BIBB-Datenreport zum Bildungsbericht
- Krüger-Charlé, M., Leisering, B., Rolff, K. (2011): Vorstudie für eine systematische Aufnahme und Bewertung von Maßnahmen im Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf in Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht. Gelsenkirchen
- Krüger-Charlé, M. (2010): Übergänge zwischen Schule, Ausbildung und Beruf: Strukturen, Einschätzungen und Gestaltungsperspektiven. Internet-Dokument. Gelsenkirchen: Institut Arbeit und Technik. Forschung Aktuell, Nr. 11/2010
- Kruse, W. et al. (2009): Jugend: Von der Schule in die Arbeitswelt. Bildungsmanagement als kommunale Aufgabe. Stuttgart

- Leisering, B., Rolff, K. (2011): Vom Maßnahme-Dschungel zu mehr Transparenz – Systematisierung der Initiativen, Programme und Bildungsgänge im Übergang von der Schule in den Beruf in NRW. Internet-Dokument. Gelsenkirchen: Institut Arbeit und Technik. Forschung Aktuell, Nr. 04/2011
- Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW (2012): Neues Übergangssystem Schule – Beruf in NRW. Zusammenstellung der Instrumente und Angebote. Düsseldorf
- Münk, D. (2010): Fest gemauert in der Erden? Der europäische Integrationsprozess und die berufliche Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bosch, G., Krone, S., Langer, D. (Hrsg.), a.a.O., S. 189-219
- Münk, D., Rützel, J., Schmidt, C. (Hrsg.) (2008): Labyrinth Übergangssystem. Forschungserträge und Entwicklungsperspektiven der Benachteiligtenförderung zwischen Schule, Ausbildung, Arbeit und Beruf. Bonn
- Neumann, M., Schmidt, J., Werner, D. (2010): Die Integration Jugendlicher in Ausbildung und Beschäftigung. Probleme, Programme, Reformpotentiale. Köln
- Regionalverband Ruhr (Hrsg.) (2012): Bildungsbericht Ruhr. Münster
- Rolff, K. (2009): Wo sind die Lücken? IAT-Studie: Erfahrungen des Handwerks bei der Einstellung junger Menschen. In: nds: das Magazin der Bildungsgewerkschaft, Nr. 6/7, S. 22
- Severing, E. (2010): Berufsausbildung in Deutschland – Zu wenig Fachkräfte für die Wirtschaft und zu viele Jugendliche ohne Ausbildungsperspektive. In: Bosch, G., Krone, S., Langer, D. (Hrsg.): Das Berufsbildungssystem in Deutschland – Aktuelle Entwicklungen und Standpunkte, S. 91-97
- Troltsch, K., Walden, G. (2007): Beschäftigungssystem dominiert zunehmend Ausbildungsstellenmarkt. Zur Responsivität des dualen Ausbildungssystems. In: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 36, Heft 4, S. 5-9
- Ulrich, J.G. (2010): Ausbildungsmarkt im Umbruch. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2010 im Spiegel der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit. In: Wissenschaftliche Diskussionspapiere des Bundesinstituts für Berufsbildung, Heft 121. Bonn
- Ulrich, J.G., Eberhard, V. (2008): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes in Deutschland seit der Wiedervereinigung. In: Beicht, U., Friederich, M., Ulrich, J.G. (Hrsg.): Ausbildungschancen und Verbleib von Schulabsolventen (BIBB-Übergangsstudie). Bonn, S. 13-58
- Weinheimer Erklärung (2007). Online: [http://www.kommunale-koordinierung.de/konzept-kontext/konzept-kommunale-koordinierung/erklaerungen-und-positionierungen/detailseite/?tx_news_pi1\[news\]=11&cHash=b4ddc3f076db8c52ce6159d6d82a3376](http://www.kommunale-koordinierung.de/konzept-kontext/konzept-kommunale-koordinierung/erklaerungen-und-positionierungen/detailseite/?tx_news_pi1[news]=11&cHash=b4ddc3f076db8c52ce6159d6d82a3376)

- Zimmer, G. (2009): Notwendigkeiten und Leitlinien der Entwicklung des Systems der Berufsausbildung. In: Zimmer, G., Dehnbostel, P. (Hrsg.): Berufsausbildung in der Entwicklung – Positionen und Leitlinien. Bielefeld, S. 7-45